



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**105,28 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**42,84 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

3

Anlagenkomponenten soll der Heide-Hub einmal einschließen: Gleichstromschaltanlage, Konverter und Umspannwerk. Die Bauarbeiten für die Verteilung von Windstrom aus Schleswig-Holstein sind gestartet.

VERANSTALTUNG

BEE fordert Kursfestigkeit bei EEG-Novelle

WASSERSTOFF

Wasserstoffhochlauf zwischen Fortschritt und Zweifel

SMART METER

Bundesweite Rollout-Quote bei durchschnittlich 20 Prozent

Inhalt

TOP-THEMA

→ **WÄRME:** Wärmepumpenbranche umwirbt bayerischen Wirtschaftsminister

POLITIK & RECHT

- **VERANSTALTUNG:** BEE fordert Kursfestigkeit bei EEG-Novelle
- **POLITIK:** Kabinett beschließt Industrieemissionsrichtlinie
- **REGULIERUNG:** Digital Networks Act soll Weg ebnen für Kupfer-Glas-Migration
- **GASNETZ:** Bundesnetzagentur konsultiert Festlegungsverfahren „BRÜCKEN“

HANDEL & MARKT

- **WASSERSTOFF:** Wasserstoffhochlauf zwischen Fortschritt und Zweifel
- **PHOTOVOLTAIK:** Integration kleiner PV-Anlagen in den Strommarkt
- **STATISTIK DES TAGES:** Durchschnittliche Sonnenscheindauer bis Dezember 2025

TECHNIK

- **SMART METER:** Bundesweite Rollout-Quote bei durchschnittlich 20 Prozent
- **KERNKRAFT:** Anzahl der Atomreaktoren weltweit rückläufig
- **F&E:** Fraunhofer stellt KI-Tool für Energieprognosen vor
- **KLIMASCHUTZ:** Aachen prüft neue Energiearchitektur für Quartier

UNTERNEHMEN

- **STROMNETZ:** Baustart für „HeideHub“ in Schleswig-Holstein
 - **WIRTSCHAFT:** Niederländer übernehmen Servicesparte von Eno Energy
 - **PERSONALIE:** Vivavis erweitert Vorstand
 - **PERSONALIE:** SMA Solar verlängert mit Olaf Heyden
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Trumps Gewaltverzicht wirkt beruhigend
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Wärmepumpenbranche umwirbt bayerischen Wirtschaftsminister



BWP-Chef Martin Sabel, Peter Kuscher vom BWP sowie Olaf Zimmermann von der SHK-Innung München beim Pressegespräch in München. Quelle: Heidi Roeder

WÄRME. Die Wärmepumpenbranche hat sich mit Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger getroffen. Die Branche betonte, dass die Wärmepumpe gerade für Bayern wichtig ist.

Vertreter von Industrie- und Handwerksunternehmen sowie der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) haben sich am 21. Januar in München mit dem bayerischen Staatsminister für Energie und Wirtschaft, Hubert Aiwanger (Freie Wähler), getroffen. Ihr Ziel: ein offener Austausch über die Wärmepumpe.

Dass sich die Wärmepumpenbranche mit der bayerischen Staatsregierung trifft, hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen ist das Bundesland als Absatzmarkt und als Wirtschaftsstandort für die Branche wichtig. Zum anderen steht insbesondere Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger der Technologie Wärmepumpe kritisch gegenüber. Aiwanger bezeichnete die Wärmepumpe zum Beispiel als „Symbol der grünen Ideologie“. Man dürfe darauf nicht einseitig setzen. Das Gespräch der Wirtschaftsvertreter mit dem Wirtschaftsminister fand ohne Presse statt.

Bei einem anschließenden Pressegespräch im Gebäude der SHK-Innung München – bei dem Aiwanger nicht mehr dabei war – betonten die Industrie- und Verbandsvertreter, dass der „Austausch sehr offen und positiv“ verlaufen sei. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die anstehenden Entscheidungen zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) sowie die künftige Ausgestaltung der Heizungsförderung.

„Ruhe in die Debatte“

Olaf Zimmermann von der SHK-Innung München sagte, dass er den Eindruck hatte, Hubert Aiwanger habe verstanden, dass es Technologieoffenheit brauche. Außerdem haben die Vertreter deutlich gemacht, dass es wichtig ist, „Ruhe in die Debatte zu bringen“, sagte Thomas Nowak, Vizepräsident des Wärmepumpenherstellers Qvantum.

Nach Angaben der Branche hat sich die Wärmepumpe zur meistgewählten Heizungsart entwickelt. „Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 600.000 Heizungssysteme verkauft, davon waren 300.000 Wärmepumpen“, sagte BWP-Geschäftsführer Martin Sabel. Ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung finde hierzulande in Bayern statt. Vor diesem Hintergrund forderten die Teilnehmer die

Staatsregierung auf, sich in Berlin für einen belastbaren gesetzlichen Rahmen einzusetzen. Der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) komme dabei eine zentrale Rolle zu. Rund ein Fünftel der Förderanträge stamme aus Bayern.

Gemeinsames Schreiben an die Staatsregierung

Dem Treffen war ein Schreiben von 17 Unternehmen aus Heizungsindustrie, Handwerk und Energieversorgung an Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Staatsminister Aiwanger vorausgegangen. Darin verweisen die Unterzeichner auf die wirtschaftliche Bedeutung der Branche im Freistaat. In Bayern beschäftigt der Wirtschaftszweig nach eigenen Angaben rund 5.000 Menschen und erzielt einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro. Dazu kommen laut Auskunft von SHK-Innung und BWP weitere 65.000 Beschäftigte im SHK-Handwerk.

Die Unternehmen sehen in der Wärmewende auch ein industriepolitisches Thema für Bayern. Martin Sabel betonte: „Jeder Euro, der in die Heizungsförderung fließt, löst das Vierfache an Investitionen in den Gebäudebestand aus. Das kommt nicht nur der Industrie und dem Handwerk zugute, sondern auch den Hauseigentümern, die sich auf eine sichere, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Wärmeversorgung ausrichten wollen.“

Seit Anfang 2024 hätten rund 100.000 Hauseigentümer in Bayern Fördermittel in Anspruch genommen. Etwa 20 Prozent der bundesweiten Mittel flössen in den Freistaat, was einem Volumen von 500 bis 600 Millionen Euro pro Jahr entspreche. Damit leiste Bayern einen überdurchschnittlichen Beitrag zu den Zielen im Gebäudebereich.

Handwerk verweist auf hohe Nachfrage und Unsicherheit

Aus Sicht des Handwerks wächst der Informationsbedarf bei Hauseigentümern. Ralf Suhre, Geschäftsführer der SHK-Innung München, schilderte eine hohe Verunsicherung bei Kunden bei dem Pressegespräch mit Blick darauf, ob das Heizen mit Öl und Gas in Zukunft nicht mehr sicher und bezahlbar sein könnte. Viele Eigentümer erwögen daher den Umstieg auf erneuerbare Alternativen. Die Betriebe reagierten mit Neueinstellungen sowie zusätzlichen Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Dafür brauche das Handwerk jedoch klare Perspektiven.

Auch die Industrie machte ihre Erwartungen deutlich. Kerstin Wolff, Geschäftsführerin des Kulmbacher Herstellers Glen Dimplex, verwies auf umfangreiche Investitionen in Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren. Diese Entscheidungen hätten auf dem geltenden Gebäudeenergiegesetz basiert.

Der europäische Heizungsmarkt stehe unter starkem Wettbewerbsdruck. Bayerische Unternehmen hätten gute Voraussetzungen, ihre technologische Position zu behaupten. Die Landesregierung solle sich deshalb für einen tragfähigen Kompromiss beim Gebäudeenergiegesetz einsetzen, der langfristig Bestand hat. Zu den großen Arbeitgebern der Branche im Freistaat zählen neben Glen Dimplex unter anderem Wolf aus Mainburg, Kermi aus Plattling und ait-Deutschland mit Sitz in Kasendorf. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

**DAMIT BEI IHRER
KUNDENAKQUISE IM
ENERGIEVERTRIEB
SCHNELL DAS EIS
BRICHT.**

**WIR ENTWICKELN SOFTWARE.
WIR BEWEGEN DIE ENERGIEWIRTSCHAFT.
WIR SIND STARKE PARTNER.**

E-WORLD 2026,
HALLE 1, STAND 1E130

Soptim

**JETZT TERMIN
VEREINBAREN** ➔

The advertisement features a woman with long brown hair and glasses, wearing a white blazer, holding a large, clear ice cube in her right hand and a blue heat gun in her left. The background is a vibrant pink and purple geometric pattern. The text is arranged in blue and white banners, with the Soptim logo in white at the bottom left. A call-to-action button is in the bottom right.



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser beim Energiedialog 2026. Quelle: Susanne Harmsen

BEE fordert Kursfestigkeit bei EEG-Novelle

VERANSTALTUNG. Der Bundesverband Erneuerbare Energie hat bei seinem energiepolitischen Jahresauftakt in Berlin zentrale Weichenstellungen für die Energiewende diskutiert.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) lud am Abend des 20. Januars zum Energiepolitischen Dialog 2026. Deutschland brauche einen Systemwandel bei der Energieversorgung. Für das Klein-Klein der vergangenen Jahre seien die Erneuerbaren längst zu groß geworden. „Deshalb erwarten wir für 2026 politische Entscheidungen, die Investitionen ermöglichen, den Ausbau sichern und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit stärken“, sagte BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser.

Nach mehr als 25 Jahren Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stehe die Energiewende in Deutschland an einem entscheidenden Punkt. Der Anteil der Erneuerbaren am Strommix ist seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 von sechs Prozent auf heute rund 60 Prozent gewachsen. „Die Energiewende ist eine Erfolgsgeschichte. Sie wird als Gemeinschaftsleistung von Bürgerenergie, innovativen Unternehmen und engagierten Kommunen getragen“, fasste Heinen-Esser zusammen.

Ausbaupfade beibehalten

Mit anstehenden Novellen, unter anderem zum EEG und zum Gebäudeenergiegesetz (GEG), sowie mit wichtigen Weichenstellungen beim Netzausbau und der Digitalisierung des Energiesystems, würden 2026 zentrale Rahmenbedingungen für die nächste Phase der Energiewende gesetzt. Die Branche brauche verlässliche politische Leitplanken, Planungssicherheit und praxistaugliche Regelungen, um Investitionen zu ermöglichen und den Ausbau weiter voranzubringen, forderte sie unter dem Beifall der Gäste von der Politik.

Kernforderung des BEE ist das Beibehalten der bestehenden Ausbauziele für erneuerbare Energien. Ergänzend fordert der Verband einen stärkeren Fokus auf Systemdienlichkeit und Flexibilität. Laut dem BEE steigt der Strombedarf durch Elektrifizierung, neue Großverbraucher wie Rechenzentren sowie den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft deutlich an. „Verlässliche Ausbaupfade sind notwendig, um Investitionssicherheit für Unternehmen und Verbraucher zu gewährleisten“, forderte Enertrag-CEO Gunar Hering in seinem Diskussionsbeitrag.

Gürtel enger schnallen

Für das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) war Staatssekretär Frank Wetzel beim Energiepolitischen Dialog. Er kündigte „Hochdruck“ an für die Novelle des EEG 2027 und das Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG). Wegen der Sparzwänge müsse sein Haus Personal abbauen, was die Bewältigung der Aufgaben erschwere.

Aus dem Energiewendemonitoring des BMWE leite sich nicht nur eine Fortsetzung des Kurses ab, sondern auch Änderungen, kündigte er an. Es gelte, die Energiewende kostengünstiger zu machen. Die soeben von der EU-Kommission bewilligte Kraftwerksstrategie ermögliche „in diesem Sommer“ die Ausschreibung neuer Kapazitäten. Schon ab 2027 solle die Struktur für einen Kapazitätsmarkt entwickelt werden, kündigte Wetzel an.

Diese Kraftwerke sollten die Versorgung durch erneuerbare Erzeuger absichern, sie seien keine Konkurrenz, unterstrich der Staatssekretär. Später würden die neuen Kraftwerke mit erneuerbaren Gasen betrieben, versicherte er. Auf Nachfrage aus dem Publikum bestätigte Wetzel, dass Biogas eine stabilisierende Wirkung für das System haben und erhalten bleiben soll, möglicherweise künftig auch für die Wasserstoffherzeugung. Allerdings lohne es vielerorts nicht, extra Gasnetze zu bauen, um Biogas einspeisen zu können, schränkte er ein.



BMWi-Staatssekretär Frank Wetzel beim BEE-Energiedialog 2026

Quelle: Susanne Harmsen

Grußwort aus der Ukraine

Einen besonderen inhaltlichen Akzent setzt Oleksii Makeiev, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Keynote sprach er über Sicherheit und Resilienz im Energiesektor vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage.

Die auf die Energieversorgung fokussierten Angriffe Russlands und ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung zeigten, wie bedeutsam eine resiliente und dezentrale Energieversorgung sei, unterstrich Makeiev. Er dankte Deutschland und seinen Unternehmen für die geleistete Hilfe für die Ukraine.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Branche die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren und die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



part of eex group

Ihre Kunden wünschen sich Preistransparenz?

➔ Hier das richtige Produkt finden!



Kabinett beschließt Industrieemissionsrichtlinie



Quelle: E&M / Georg Eble

POLITIK. Die Bundesregierung hat mehrere Gesetze beschlossen. Damit werden EU-Richtlinien zum Ökodesign, zur Energieverbrauchskennzeichnung, zu Umweltrechten und zu Industriemissionen umgesetzt.

Die Bundesregierung hat am 21. Januar in Berlin ein Gesetzespaket zur nationalen Umsetzung der überarbeiteten Industrieemissionsrichtlinie der Europäischen Union beschlossen. Ziel ist es, Emissionen von Industrieanlagen wirksamer zu begrenzen, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zugleich Investitionsanreize für klimafreundlichere Produktionsverfahren zu setzen.

Das Kabinett brachte damit die Umsetzung der sogenannten Industrial Emissions Directive in der Fassung IED 2.0 auf den Weg. Außerdem wurde die EU-Richtlinie zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung in deutsches Recht überführt.

Zugleich beschloss das Bundeskabinett eine Novelle des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes. Damit reagiert sie auf Vorgaben des Völker- und Europarechts. Das Klagerecht für Umweltverbände wird an die internationalen und europarechtlichen Standards angepasst. Zudem setzt die Bundesregierung mit der Novelle auch Aufträge des Koalitionsvertrages und des Bund-Länder-Pakts zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung um. Die Anerkennung von klageberechtigten Umweltvereinigungen wird deutlicher auf die räumliche und inhaltliche Betroffenheit ausgerichtet.

Emissionen senken

Die Industrieemissionsrichtlinie bildet seit 2010 die Grundlage für die Genehmigung, den Betrieb, die Überwachung und die Stilllegung umweltrelevanter Industrieanlagen in Europa. Sie gilt unter anderem für Anlagen der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie sowie für Abfallbehandlungsanlagen. Nach Angaben der Bundesregierung fallen europaweit rund 40.000 Anlagen unter die Richtlinie. Laut dem Bundesumweltministerium haben die bisherigen Regelungen dazu beigetragen, dass sich die Emissionen von Luftschadstoffen wie Stickstoffoxiden, Schwefeloxiden und bestimmten Schwermetallen seit 2010 etwa halbiert haben.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) erklärte, die Richtlinie habe in den vergangenen Jahren zu weniger Schadstoffen in Luft und Wasser sowie zu einheitlicheren Wettbewerbsbedingungen in Europa geführt. Die überarbeitete Fassung setze zusätzliche Anreize für Investitionen in moderne Umwelttechnik und ermögliche zugleich schnellere Verfahren. An der Erarbeitung des Umsetzungspakets hätten sich die Länder und auch die Industrie intensiv beteiligt, so Schneider.

Weniger Bürokratie

Mit der Novelle richtet die Bundesregierung die Vorgaben stärker auf eine klimafreundlichere industrielle Produktion aus. Künftig sollen die Umweltleistungen von Anlagen insgesamt stärker berücksichtigt werden. Zudem sieht der Gesetzentwurf erweiterte Beteiligungsrechte für die Öffentlichkeit vor. Gleichzeitig will die Bundesregierung Genehmigungsverfahren beschleunigen. Vorgesehen ist unter anderem, vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren häufiger anzuwenden und flexible Rahmengenutzungen für Chemieanlagen zu ermöglichen. Durch höhere Schwellenwerte soll es zudem seltener zu verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen kommen.

Unternehmen, die bereits nachweislich an der Umstellung auf klimafreundlichere Technologien arbeiten, sollen bei bestimmten Vorgaben einen zeitlich befristeten Aufschub erhalten können. Laut Gesetzentwurf kann dieser Aufschub bis zu acht Jahre betragen. Damit will die Bundesregierung vermeiden, dass Betriebe kurzfristig noch in fossile Technologien investieren müssen.

Verbandskritik am Gesetzentwurf

Kritik kommt aus Teilen der Industrie. Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie (BVK) sieht in dem Kabinettsbeschluss einen Widerspruch zu den Zielen von Bürokratieabbau und Genehmigungsbeschleunigung. Laut Dominik Fecker, Referent für Umwelt- und Rohstoffpolitik, drohen zusätzliche Berichtspflichten, neue Prüfanforderungen und insgesamt längere Genehmigungsverfahren. Das konterkariere die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, die EU-Vorgaben möglichst schlank umzusetzen.

Besonders kritisch bewertet der Verband, dass der Gesetzentwurf aus seiner Sicht keine konsequente 1:1-Umsetzung der europäischen Vorgaben darstellt. Entlastungselemente des europäischen Umwelt-Omnibusses, etwa der Verzicht auf verpflichtende Audits von Umweltmanagementsystemen, seien im nationalen Entwurf bislang nicht vollständig umgesetzt. Der BVK fordert daher Korrekturen im parlamentarischen Verfahren sowie ein stärkeres Engagement der Bundesregierung auf europäischer Ebene.

Nach dem Kabinettsbeschluss befasst sich nun der Bundestag mit dem Gesetzentwurf. Anschließend soll das Gesetz zusammen mit einer zugehörigen Verordnung zur Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie in den Bundesrat eingebracht werden. Die EU-Vorgaben müssen bis Juli 2026 in nationales Recht umgesetzt sein. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Digital Networks Act soll Weg ebnen für Kupfer-Glas-Migration



Quelle: Fotolia / Bertold Werkmann

REGULIERUNG. Die EU-Kommission legt ihren Legislativentwurf für den Digital Networks Act (DNA) vor. Der BDEW fordert, dass der neue Rechtsrahmen Investitionsanreize für den Glasfaserausbau schützt.

Die EU-Kommission will mit dem Digital Networks Act (DNA) einen europäischen Binnenmarkt für Telekommunikation schaffen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat den Legislativentwurf begrüßt. „Der Digital Networks Act setzt einen wichtigen Impuls für den Übergang von veralteten Kupfer- zu modernen Glasfasernetzen“, sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

Vorgesehen im DNA ist unter anderem, dass die Mitgliedstaaten nationale Migrationskonzepte bis 2029 erarbeiten müssen. Die spätere Kupferabschaltung der einzelnen Regionen soll an klare Kriterien geknüpft werden, die eine Internetversorgung der Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen. Für den BDEW ist es entscheidend, dass der Rechtsrahmen eine diskriminierungsfreie Abschaltung sicherstellt.

Zugleich fordert der Branchenverband, dass der neue Rechtsrahmen Investitionsanreize für den Glasfaserausbau schützt und bereits getätigte Investitionen nicht entwertet. Verpflichtende Zugangsauflagen für eigenfinanzierte passive Infrastruktur alternativer Netzbetreiber dürfen deshalb nicht zum Regelfall werden. Andreae: „Auch die angestrebte Harmonisierung von Zugangsprodukten kann die nationale Flexibilität – etwa bei etablierten Open-Access-Modellen – schwächen.“

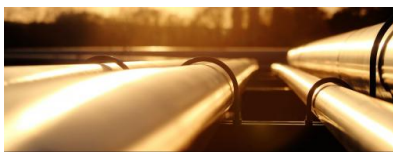
Der Digitalverband Bitkom plädiert in seiner Mitteilung, dass es im Zuge des Digital Networks Act auch auf einen „deutlicheren Bürokratieabbau und schlankere Berichtspflichten“ geachtet wird, um für mehr Investitionen zu sorgen und den Netzausbau wirksam zu beschleunigen.

Mehr Informationen zum **Digital Networks Act (DNA)** finden Interessierte auf der Seite der EU-Kommission.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesnetzagentur konsultiert Festlegungsverfahren „BRÜCKEN“



Quelle: Fotolia / tomas

GASNETZ. Die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur hat das Verfahren gestartet, das Bestimmungen zu Rückstellungen für Stilllegungen und unvermeidbaren Rückbau von Erdgasnetzen festlegt.

Die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur hat gemäß „RAMEN Gas“ ein Verfahren eingeleitet. RAMEN Gas betrifft die Festlegung eines gesetzlichen Rahmens für die Gasnetzentgelte. Das Verfahren dient der Festlegung von Bestimmungen zu Rückstellungen für Stilllegungen und unvermeidbaren Rückbau von Erdgasnetzen. Zugrunde liegt § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 21a Abs. 3 S. 3 Nr. 3 EnWG i.V.m. Tenorziffer 7.6 S. 1 der Festlegung GBK-25-01-2#1 vom 8.12.2025, wie die Behörde mitteilt.

Zur Umsetzung des Regelbeispiels in Tenorziffer 7.6 S. 1 der Festlegung RAMEN Gas sollen in einem ersten Schritt Zuführungen zu und Auflösungen von entsprechenden Rückstellungen als Kostenanteile, die nicht dem Effizienzvergleich unterliegen (KANeu), bereits mit Wirkung für 2025 anerkannt werden.

Hierbei soll die Anerkennung im Hinblick auf Ist-Kosten erfolgen (t-2-Ansatz). Die Berücksichtigung etwaiger Kosten im Basisjahr 2025 für die fünfte Regulierungsperiode Gas (2028 bis 2032) soll durch eine Übergangsregelung erfolgen. Dies bedeute laut Beschlusskammer eine Verteilung des Betrages auf die Jahre 2028 bis 2030 analog zu den Regelungen zum Regulierungskonto.

Die Kostenanerkennung soll auf notwendige Maßnahmen der Stilllegung und des insofern unvermeidbaren Rückbaus beschränkt werden. Es ist jedoch (auch mangels Rechtsgrundlage) nicht beabsichtigt, per Festlegung den Begriff des unvermeidbaren Rückbaus näher zu definieren. Diese Abgrenzung wird sich vielmehr aus § 48b EnWG-E zur Duldungspflicht von Grundstückseigentümern ergeben.

Konsultation eines Eckpunktepapiers

Die Beschlusskammer 9 hat ein Eckpunktepapier im Festlegungsverfahren „BRÜCKEN“ zur Konsultation veröffentlicht. Darin werden neben Detailregelungen auch Instrumente aufgezeigt, die ein möglichst effizientes Verhalten der Netzbetreiber anreizen sollen. Diese Anreizinstrumente sollen überhöhte Rückstellungsbildungen zu Lasten der Netznutzer vermeiden.

Gasverteiler- und Fernleitungsnetzbetreiber sowie alle anderen Marktteilnehmer erhalten hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 6. Februar 2026. Stellungnahmen sind in einem für die elektronische Weiterverarbeitung geeigneten Format ausschließlich per E-Mail unter dem Betreff „Konsultation Eckpunkte BRÜCKEN“ an konsultation.bk9@bnetza.de zu übersenden.

Die Stellungnahmen werden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Daher sind die Stellungnahmen als Anlage zur E-Mail in einer Fassung zu übersenden, die zwar eine Zuordnung zur Firma/Organisation zulässt, darüber hinaus aber keine datenschutzrechtlich relevanten Informationen enthält. Zusätzlich kann eine für die Veröffentlichung geeignete „geschwärzte“ Fassung vorgelegt werden.

Der **Entwurf des Eckpunktepapiers zum Gasnetz** steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Alexander Limbach

Wasserstoffhochlauf zwischen Fortschritt und Zweifel

WASSERSTOFF. Zu Jahresbeginn hat der Gasverband DGWW in einem Webinar den Stand des Wasserstoffmarkts bewertet und Fortschritte, Kostenrisiken und politische Stellschrauben für den Hochlauf benannt.

Das Jahr 2025 brachte für die deutsche Wasserstoffwirtschaft gemischte Ergebnisse. Laut dem Branchenverband „Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft“ (DGWW) wurden einzelne Projekte vorangebracht, zugleich blieben zentrale Ausbauziele unerreicht. Vor diesem Hintergrund startete ein Webinar des Verbandes am 21. Januar einen Realitätscheck zum Markthochlauf von Wasserstoff in Deutschland und Europa.

Zu den sichtbaren Fortschritten zählen laut DGWW der Abnahmevertrag zwischen dem Energiekonzern RWE mit Sitz in Essen und dem französischen Mineralöl- und Energiekonzern Total Energies, der Baustart eines 320 MW starken Elektrolyseurs des Oldenburger Energieversorgers EWE in Emden sowie die Befüllung der nach Betreiberangaben weltweit längsten Wasserstoffpipeline der Kasseler Gascade Gastransport. Gleichzeitig strich die Bundesregierung jedoch das ursprünglich formulierte Ziel von 10.000 MW heimischer Elektrolyseleistung ersatzlos. Aus Sicht vieler Marktakteure schwächt das die Planungssicherheit.

Blick der Wissenschaft

Wie groß die Lücke zwischen Ankündigungen und Umsetzung ist, erläuterte Sylwia Bialek-Gregory, wissenschaftliche Geschäftsführerin des „Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln“ (EWI). Betrachtet man die Projekte, die Stand Februar 2024 im Jahr 2025 in Betrieb gehen sollten, liege die Realisierungsquote bei rund 25 Prozent. Drei Viertel der angekündigten Elektrolysekapazität würden sich verzögern oder ganz entfallen, resümierte sie.

Derzeit seien in Deutschland rund 180 MW Elektrolyseleistung in Betrieb, weitere 1.300 MW befänden sich im Bau oder verfügten über eine feste Investitionszusage. Bis 2030 erwartet das EWI etwa 7.000 MW installierte Leistung. Zentrales Thema bleiben die Kosten. Nach Berechnungen des EWI liegen die Wasserstoffproduktionskosten in Deutschland aktuell bei etwa 240 bis 350 Euro pro MWh, das entspreche 8 bis 11,5 Euro pro Kilogramm.

Diese Kosten dürften über die Zeit sinken, so Bialek-Gregory. Mittelfristig könnte importierter grüner Wasserstoff aus europäischen Nachbarländern oder aus Nordafrika über Pipelines günstiger sein, mit Kosten von etwa 150 bis 170 Euro pro MWh. Deutlich teurer könnten dagegen Schiffsimporte ausfallen, da bei Umwandlung und Transport Verluste entstünden. Hier rechnet das EWI mit etwa 250 bis 300 Euro pro MWh.



Wasserstoffbedarfsprognosen
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: EWI

Industrienachfrage überschätzt?

Zweifel äußerte Bialek-Gregory zudem an den bislang prognostizierten Nachfragemengen aus der Industrie. Der fortschreitende industrielle Strukturwandel und globale Überkapazitäten könnten den Bedarf dämpfen. Hohe Wasserstoffpreise gefährdeten die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien, solange der europäische Grenzausgleichsmechanismus für CO₂ (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) nicht ausgeweitet werde und beispielsweise wasserstoffbasierter Stahl deutlich teurer bleibe als konventionell erzeugter Stahl.

Die Nachfrage, insbesondere aus der Stahlindustrie, dürfte aus ihrer Sicht preiselastisch sein. Es bestehe noch eine große Lücke zwischen Zahlungsbereitschaft und Produktionskosten. Um das Henne-Ei-Problem von Angebot und Nachfrage zu überwinden, nannte sie als Instrumente unter anderem Doppelauktionsmodelle wie „H2Global“, Produktionsprämien über die „Europäische Wasserstoffbank“ (EHB), Carbon Contracts for Difference (CCfDs) sowie Leitmärkte und Quoten für wasserstoffbasierte Produkte in öffentlichen Ausschreibungen.

Zweite internationale H2-Auktion läuft

Timo Bollerhey, Mitgründer und Geschäftsführer der H2Global Holding und der Hintco GmbH, warnte vor weiteren politischen Rücknahmen bereits gefasster Beschlüsse. Solche Signale führten aus seiner Sicht dazu, dass Investoren abwarteten und Projekte verzögert würden. Zudem könnten die umfassenden regulatorischen Vorgaben der Europäischen Union dazu beitragen, dass der Wasserstoffhochlauf in anderen Regionen wie China oder Indien schneller voranschreite.

Sebastian Budischin, Senior Vice President Business Development & Origination Hydrogen and Clean Energy bei der Sefe (Securing Energy for Europe), verwies auf die Rolle der Infrastruktur. Sefe bereite Dekarbonisierungsangebote für Industrieunternehmen vor und verfüge über rund 2.000 Kilometer Gasleitungen, die für Wasserstoff umgerüstet werden sollen, sowie über den ersten Wasserstoffspeicher in Deutschland. Zudem plane das Unternehmen den Transport von CO₂ zur unterirdischen Speicherung. Budischin plädierte dafür, in der Anfangsphase auch Wasserstoff aus anderen Quellen als erneuerbarem Strom zuzulassen, um verlässliche Mengen bereitstellen zu können. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Integration kleiner PV-Anlagen in den Strommarkt



Quelle: Shutterstock / Diyana Dimitrova

PHOTOVOLTAIK. Eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes untersucht, wie kleine Photovoltaik-Dachanlagen auf negative Strompreise reagieren und welche Rolle Flexibilitäten künftig spielen.

Das Solarspitzenengesetz hat zentrale Weichen zur Reduktion negativer Preise gestellt. Nun sei es sinnvoll, die Abläufe bei der Direktvermarktung zu vereinfachen und den Fokus auf die Marktintegration neuer Verbraucher zu legen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Öko-Instituts und der Stiftung Umweltenergierecht im Auftrag des Umweltbundesamtes. Mit zunehmender Flexibilität dürfte die Zahl negativer Strompreise langfristig sinken, heißt es darin.

Im Fokus der Untersuchung steht die Frage, wie sich der Betrieb kleiner Dachanlagen marktorientierter ausgestalten lässt, insbesondere vor dem Hintergrund häufiger negativer Strompreise in Zeiten hoher Solarstromerzeugung. Zentrale Grundlage ist das Solarspitzenengesetz, das seit Februar 2025 gilt. Für viele neu installierte Anlagen entfällt seitdem die Förderung bei negativen Strompreisen. Dies betrifft nicht nur direktvermarktete Anlagen über 100 kW, sondern nach Einbau eines intelligenten Messsystems auch Neuanlagen 7 kW Leistung.

Die Analyse zeigt deutliche Unterschiede im Reaktionsverhalten der Anlagen:

Direktvermarktete Photovoltaikanlagen reagieren am stärksten auf Preissignale, indem sie ihre Einspeisung bei negativen Preisen drosseln oder zeitlich verschieben. **Anlagen in der Einspeisevergütung mit intelligentem Messsystem** erhalten zwar keine Vergütung bei negativen Preisen, können jedoch durch Eigenverbrauch oder Batteriespeicher Einspeisemengen in Zeiten positiver Preise verlagern. **Bestandsanlagen ohne intelligentes Messsystem** sowie **ausgeförderte Anlagen** bleiben dagegen weitgehend unflexibel.

Ausreichender Ausbau von Flexibilitäten notwendig

Trotz weiter steigender installierter Photovoltaikleistung erwarten die Autorinnen und Autoren langfristig einen Rückgang negativer Strompreise. Voraussetzung sei ein ausreichender Ausbau von Flexibilitäten auf

der Nachfrageseite, etwa durch Batteriespeicher, steuerbare Lasten, Elektromobilität oder Wärmepumpen. Modellierungen zeigen, dass Erzeugungsspitzen künftig zunehmend durch flexiblen Verbrauch aufgefangen werden können, ohne dass eine vollständige Marktreaktion aller Photovoltaikanlagen erforderlich ist.

Als zentrales Handlungsfeld benennt die Studie die konsequente Nutzung von Marktsignalen auf der Verbrauchsseite, etwa durch dynamische Stromtarife. Entscheidend für die Systemstabilität sei weniger die Abregelung kleiner Dachanlagen als vielmehr ein wachsender flexibler Stromverbrauch, der hohe Einspeisungsspitzen aufnehmen kann.

Der **Kurzbericht „Marktintegration kleiner Photovoltaik-Dachanlagen. Zwischen negativen Strompreisen und Flexibilitäten“** ist auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

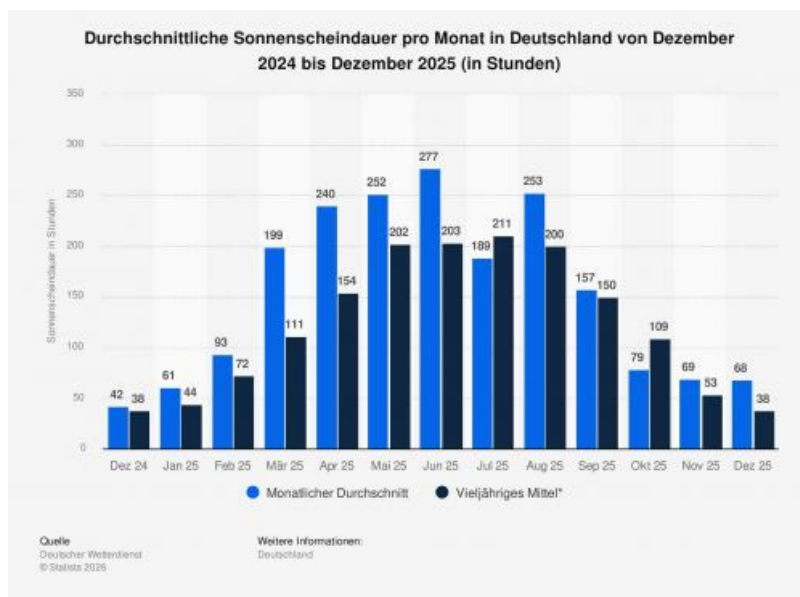
[^ Zum Inhalt](#)

Durchschnittliche Sonnenscheindauer bis Dezember 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Dezember 2025 wurden durchschnittlich 68 Sonnenstunden gemessen. Das vieljährige Mittel in Höhe von 38 Sonnenstunden wurde somit erreicht. Weitere Informationen zum Wetter in Deutschland sind in dem gleichnamigen Report zu finden. Im Jahr 2025 schien die Sonne im Durchschnitt hierzulande rund 1.900 Stunden. Die sonnenscheinreichsten Bundesländer waren Brandenburg/Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Am wenigsten zeigte sich die Sonne im angegebenen Jahr in Nordrhein-Westfalen. Neben den vielen Sonnenstunden erwies sich das vergangene Jahr als eher niederschlagsarm und warm.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Shutterstock / Shcherbakov Ilya

Bundesweite Rollout-Quote bei durchschnittlich 20 Prozent

SMART METER. Öffentliche Daten der Bundesnetzagentur und ein Smart-Meter-Atlas zeigen den Stand des Rollouts intelligenter Messsysteme zum 30. September 2025.

Seit dem 1. Juli 2024 führt die Bundesnetzagentur quartalsweise Buch über den Stand des Rollouts der landläufig als Smart Meter bezeichneten Kombination aus elektronischem Zähler und zertifiziertem Smart Meter Gateway.

Die derzeit aktuellen Zahlen, welche die Behörde kurz vor Weihnachten veröffentlichte, beziehen sich allerdings noch auf den Stichtag 30. September 2025. Wie in den vorangegangenen Erhebungen sind auch hier wieder Fortschritte feststellbar. Als gesetzlich vorgegebenes Etappenziel ist allerdings der 31. Dezember 2025.

Bis zu diesem Datum mussten alle grundzuständigen Messstellenbetreiber mindestens 20 Prozent ihrer Pflichteinbaufälle abgearbeitet haben. Die Ergebnisse der Erhebung im dritten Quartal lassen allerdings darauf schließen, dass eine ganze Reihe von Unternehmen dieses Ziel verpasst hat.

In einer öffentlich zugänglichen Excel-Tabelle auf der Internetseite der Bundesnetzagentur sind alle rund 800 grundzuständigen Messstellenbetreibern mit den jeweiligen Prozentangaben aufgelistet. Seit dem 20. Januar 2026 lassen sich diese Werte, grafisch etwas ansprechender aufbereitet und nutzerfreundlicher zu navigieren, auch über die Internetseite www.smartmeteratlas.com einsehen.

Initiator der Seite ist die „Smart Meter Initiative“ (SMI), in der sich die wettbewerblichen Messstellenbetreiber Rabot Charge, Tibber, Octopus Energy und Ostrom zusammengeschlossen haben. Die Unternehmen bezeichnen sich als digitale Ökostromanbieter und hatten im Januar 2024 angekündigt, im Rahmen der SMI den Rollout intelligenter Messsysteme gemeinsam mit grundzuständigen Messstellenbetreibern vorantreiben zu wollen. Hintergrund sind ihre Produktportfolien, die stark auf flexible beziehungsweise dynamische Tarife setzen.

Diese vier und rund 20 weitere Unternehmen hatten bereits kurz vor Weihnachten einen Appell an die Politik gerichtet, die Rolle des wettbewerblichen Messstellenbetreibers nicht zu schwächen oder gar abzuschaffen und dessen außerordentlichen Beitrag zum Smart Meter Rollout betont. Uneindeutige Äußerungen von

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die bisher noch nicht klargestellt wurden, hatten dazu Anlass gegeben (wir berichteten).

Sorge um wettbewerblichen Messstellenbetrieb

Die 20-Prozent-Quote ist nur den grundzuständigen Messstellenbetreibern auferlegt. Von den 600 Unternehmen mit weniger als 30.000 Messlokationen wurden bis zum 30. September im Durchschnitt nur 8,2 Prozent (nach Q2 waren es 5,2 Prozent und nach Q1 waren es 4,6 Prozent) ihrer jeweiligen Pflichteinbaufälle abgearbeitet.

Bei den 129 Messstellenbetreibern mit 30.000 bis 100.000 Messlokationen lag die Einbauquote bei durchschnittlich 11,2 Prozent (Q2: 7,8 Prozent; Q1: 7,5 Prozent), während die 67 Grundzuständigen, die zwischen 100.000 und 500.000 Messstellen betreuen, 14,6 Prozent (Q2: 11,8 Prozent; Q1: 10,8 Prozent) erreichen.

Die Bundesnetzagentur weist ausdrücklich darauf hin, dass einzelne kleine Messstellenbetreiber deutlich höhere Quoten vorweisen können. Allerdings bestätigt die aktuelle Erhebung erneut die Erkenntnis früherer Abfragen, dass grundsätzlich die großen Messstellenbetreiber mit ihren Pflichteinbaufällen deutlich schneller vorankommen als die kleinen.

So steht für die 18 Messstellenbetreiber mit mehr als 500.000 Messlokationen zum 30. September 2025 eine durchschnittliche Pflichteinbauquote von 25,0 Prozent zu Buche. Bereits zum Ende des zweiten Quartals hatten sie mit 22,1 Prozent die Quote im Durchschnitt erfüllt.

Laut Bundesnetzagentur waren zum Stichtag 30. September 2025 genau 941.170 intelligente Messsysteme installiert worden, bei aktuell 4.651.943 Pflichteinbaufällen. Dies entspricht einer bundesweiten Ausstattungsquote von 20,2 Prozent.

Wenn man alle 53.882.828 (Q2: 54.275.109) Messlokationen in Deutschland als Grundlage nimmt, also auch diejenigen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschrift mit einem intelligenten Messsystem ausgestattet werden müssen, kommt man auf eine Ausstattungsquote von 3,8 Prozent (Q2: 3,0). Dies entspricht rund 2 Millionen intelligenten Messsystemen (Q2: 1,6 Millionen).

In dieser Zahl sind folglich auch die von wettbewerblichen Messstellenbetreibern installierten Einheiten enthalten – sofern sie den entsprechenden Meldebogen der Bundesnetzagentur ausgefüllt und abgeschickt haben.

Einen ausführlichen Beitrag zum Stand des Rollouts intelligenter Messsysteme lesen Sie in der Printausgabe von *Energie & Management* am 1. Februar. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

FEBRUARY 10 – 12, 2026
ESSEN | GERMANY



Anzahl der Atomreaktoren weltweit rückläufig



Quelle: Pixabay / Ulrike Leone

KERNKRAFT. Laut dem World Nuclear Industry Status Report 2025 nahm die Zahl der weltweit im Einsatz befindlichen Kernkraftwerke weiter ab.

Die Zahl der am Netz befindlichen Kernkraftwerke ging im vergangenen Jahr zurück, während die Erzeugungsleistung weitgehend stabil blieb. 2025 gingen weltweit vier neue Kernkraftwerksreaktoren mit zusammen 4.400 MW ans Netz. Stillgelegt wurden sieben Reaktoren mit insgesamt 2.800 MW. Das geht aus dem World Nuclear Industry Status Report 2025 hervor.

Zum Stichtag 1. Januar 2026 waren weltweit 404 Kernkraftwerksreaktoren in Betrieb. Die globale Betriebskapazität – definiert als installierte Leistung abzüglich von Anlagen im langfristigen Stillstand – lag bei 369.000 MW und blieb damit nahezu unverändert. Stillgelegt wurden jeweils drei Reaktoren in Belgien und Russland. In Taiwan wurde mit der Abschaltung des letzten Reaktors der vollständige Atomausstieg umgesetzt.

In der Europäischen Union sank die Zahl der betriebenen Reaktoren auf 98. Neubauten gibt es dort derzeit nur einen. Der einzige Reaktor im Bau ist Mochovce 4 in der Slowakei, dessen Bau ursprünglich 1985 begonnen wurde. Auf dem gesamten amerikanischen Kontinent (USA/Kanda/Mittel- und Südamerika) befindet sich derzeit kein kommerzieller Kernkraftwerksreaktor im Bau.

Weltweit 66 Reaktoren im Bau

Weltweit waren Anfang 2026 insgesamt 66 Reaktoren in elf Ländern im Bau. Mehr als die Hälfte dieser Projekte entfällt auf China, das 36 Reaktoren gleichzeitig errichtet. Außerhalb Chinas blieb die Zahl der

Baustellen konstant. Von den 66 Reaktoren werden 63 entweder in Staaten mit Kernwaffenstatus gebaut oder von Unternehmen realisiert, die von solchen Staaten kontrolliert werden. Eine Ausnahme bilden drei Baustellen in Südkorea.

China, Russland und Frankreich sind die einzigen Länder, die derzeit Kernkraftwerke im Ausland errichten. Russland nimmt dabei eine zentrale Rolle ein und ist an Bauprojekten in mehreren Ländern beteiligt. Bangladesch, Ägypten und die Türkei bauen aktuell ihre ersten Kernkraftwerke, sämtlich mit russischer Technologie.

Etliche Staaten haben letzte Projekte abgeschlossen

Der Bericht stellt fest, dass sich der Kreis der Länder mit laufenden Neubauprojekten in den vergangenen zwei Jahren deutlich verkleinert hat. Mehrere Staaten haben ihre letzten Projekte abgeschlossen oder Bauvorhaben ausgesetzt. Insgesamt errichten nur acht der 31 Länder mit bestehenden Kernkraftwerken derzeit neue Anlagen.

Herausgeber des Reports ist Mycle Schneider Consulting mit Sitz in Paris. Das Beratungsbüro wird vom Deutschen Mycle Schneider geleitet, einem Energie- und Nuklearexperten, der seit den 1990er-Jahren internationale Organisationen, Regierungen und Parlamente berät. Der Bericht wird von einem internationalen Autorenteam erstellt.

Der „**World Nuclear Industry Status Report 2025**“ sowie das Update „**Nuclear World 2025 in Numbers**“ vom 21. Januar sind online abrufbar. // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)

Fraunhofer stellt KI-Tool für Energieprognosen vor



Die Grafische Benutzeroberfläche des Wattpredictor. Quelle: Fraunhofer IOSB-AST

F&E. Das Fraunhofer IOSB-AST hat mit dem Wattpredictor ein neues Werkzeug zur KI-gestützten Energieprognose für Strom, Gas, Wärme und Kälte vorgestellt.

Das Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB-AST) hat ein neues Prognosewerkzeug für die Energiewirtschaft entwickelt. Der „WattPredictor“ nutzt Künstliche Intelligenz (KI) zur Erstellung von Zeitreihenprognosen in Strom-, Gas-, Wärme- und Kältenetzen, wie das Institut mitteilt. Ziel sei es, die Genauigkeit in der Einsatzplanung, Beschaffung, im Energiehandel sowie bei der Vermarktung zu erhöhen.

Das System ist in das bestehende Software-Ökosystem „EMS-EDM PROPHET“ integriert und arbeitet ohne zusätzliche Drittsoftware. Es unterstützt sowohl kurzfristige als auch langfristige Prognosen. Neben klassischen Kalenderlogiken berücksichtigt der Wattpredictor auch externe Einflussfaktoren und ermöglicht Massendatenverarbeitung. Strategien zur Ersatzwertbildung und Assistenzfunktionen für den Betrieb ergänzen die Funktionen.

Anwendungsfelder sind unter anderem Lastprognosen unter dynamischen Tarifen, Verbrauchsprognosen im Quartiers- und Industriekontext sowie Netzverlustanalysen. Auch Elektromobilität und Fernwärme lassen sich mit einbeziehen.

Bei Erfurter Stromversorger im Einsatz

„Unsere langjährige Prognose-Expertise aus Forschung und Industrieprojekten ist in den Wattpredictor eingeflossen. Mit seinen Analyse- und Prognosefunktionen liefert er auch bei komplexen Anwendungsfällen und kundenspezifischen Anforderungen verlässlich präzise Ergebnisse“, lässt sich Stefan Klaiber, Gruppenleiter Cross-sektorale Energiesysteme am Fraunhofer IOSB-AST, zitieren.

Im Einsatz ist das Tool bereits beim Erfurter Stromversorger SWE Netz GmbH. Geschäftsführer Frank Heidemann zieht eine erste positive Bilanz: „Die mit der Einführung des Wattpredictors gewonnenen Ergebnisse stimmen uns sehr zuversichtlich. Wir können künftig genauere Netzlastprognosen über einen größeren Betrachtungshorizont erstellen.“ // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Aachen prüft neue Energiearchitektur für Quartier



Quelle: Fotolia

KLIMASCHUTZ. Die Stadt Aachen hat das Fraunhofer-Institut IEG beauftragt, ein Energiekonzept für das Gewerbe- und Industriestandort Rothe Erde zu erstellen. Die Unternehmen sollen daran mitarbeiten.

Die Stadt Aachen hat die Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geotechnologien, IEG, beauftragt, ein integriertes Energiekonzept für den Gewerbe- und Industriestandort Rothe Erde zu entwickeln. Das Konzept soll zeigen, wie sich regionale und CO₂-arme Energiequellen sowie marktverfügbare Technologien in die bestehende Infrastruktur einbinden lassen.

Nach Angaben der Stadt verfolgt das Projekt das Ziel, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Klimaschutzziele und Stadtverträglichkeit miteinander zu verbinden. Der Standort Rothe Erde gilt als einer der zentralen Entwicklungsräume für urbane Produktion in Aachen. „Ein zentraler Baustein des Projekts ist die aktive Einbindung der ansässigen Unternehmen, um sicherzustellen, dass passgenaue tragfähige Lösungen erarbeitet werden, die den Standort zukunftsfähig und resilient machen“, sagte Toni Lance, Leiterin der Abteilung Strukturförderung bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Aachen.

Der Stadtteil Rothe Erde blickt auf eine mehr als hundertjährige Industriegeschichte zurück. Mit der Schließung des Reifenwerks der Continental AG Ende 2022 beschleunigte sich der strukturelle Wandel. Die Stadt plant, das Gebiet als produktionsorientierten Gewerbe- und Industriestandort weiterzuentwickeln und neue Nutzungen zu ermöglichen. Für das Projekt „Vision 2025+ – Modellstandort für urbane Produktion“ erhielt Aachen Fördermittel in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro vom Land Nordrhein-Westfalen. Das Energiekonzept bildet einen Baustein dieser Gesamtstrategie.

Sechsmonatiges Projekt mit Szenarien

Das Fraunhofer IEG solle nun das Energiekonzept innerhalb von sechs Monaten erstellen. Betrachtet wird insbesondere der Bereich zwischen Hüttenstraße, Philipsstraße und Eisenbahnweg. Aufgrund laufender Veränderungen im Gebiet arbeiten die Projektverantwortlichen mit „szenariobasierten Annahmen zu künftigen Energiebedarfen und Erzeugungsstrukturen“, teilten sie dazu weiter mit.

Projektleiterin Anette Anthrakidis sieht in der Transformation von Gewerbe- und Industriegebieten einen zentralen Hebel der Energiewende. Ziel sei es, vorhandene Energiepotenziale systematisch zu erfassen und Synergien nutzbar zu machen, ohne die Anforderungen der Produktion aus dem Blick zu verlieren.

Ein Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Beteiligung der ansässigen Unternehmen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Aachen koordiniert den Austausch mit den Betrieben, um deren

Anforderungen frühzeitig zu berücksichtigen. Nach Angaben der Projektpartner sollen so Lösungen entstehen, die sowohl technisch tragfähig als auch wirtschaftlich umsetzbar sind. Die aktive Beteiligung der Unternehmen soll zudem dazu beitragen, Akzeptanz für mögliche Transformationsschritte zu schaffen und Investitionsentscheidungen zu erleichtern.

Ergebnisse fließen in Transformationsplan

Zu Beginn nimmt das Projektteam die bestehende Energieinfrastruktur auf und will bereits geplante Vorhaben mit einbeziehen. Darauf aufbauend analysieren die Fachleute aktuelle technologische Optionen, etwa Geothermie, Stromspeicher oder intelligente Gebäudeautomation.

Die Ergebnisse sollen anschließend in einen Transformationsplan einfließen. Nach Projektabschluss stellt das Fraunhofer IEG die Ergebnisse der Stadt Aachen und den beteiligten Akteuren zur weiteren Verwendung zur Verfügung. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Prominenter Besuch beim Baustart für einen der ersten Multiterminal-Hubs in Europa und den nördlichsten Konverter von Korridor B. Quelle: Tennet

Baustart für „HeideHub“ in Schleswig-Holstein

STROMNETZ. Mit dem Spatenstich für den HeideHub startet der Bau eines der ersten europäischen „Multiterminal-Hubs“ zur besseren Verteilung von Windstrom aus Schleswig-Holstein.

In Wöhrden (Kreis Dithmarschen) haben Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und Energiewendeminister Tobias Goldschmidt (Grüne) gemeinsam mit den Netzbetreibern 50 Hertz, Amprion, Tennet Germany und SH Netz den offiziellen Baustart für den sogenannten „HeideHub“ gegeben. Der Multiterminal-Hub soll künftig Offshore- und Onshore-Windstrom einspeisen, verteilen und über Korridor B bis in das Ruhrgebiet transportieren.

Geplant sind drei Anlagenkomponenten: eine Gleichstromschaltanlage, ein Konverter sowie ein Umspannwerk. Diese verbinden die Offshore-Netzanbindungen „LanWin2“ und „LanWin3“, über die bis zu 4.000 MW Windstrom aus den Nordsee-Windparks kommen sollen, mit der Erdkabelverbindung „NordOstLink“ und der 380-kV-Freileitung Hochwöhrden–Pöschendorf. So soll der Hub – im Unterschied zu bisherigen Punkt-zu-Punkt-Gleichstromverbindungen – künftig mehrere Leitungen vernetzen und eine flexiblere Steuerung großer Strommengen ermöglichen. Ziel ist ein vermaschtes Gleichstromnetz, das die Systemstabilität erhöht und Netzengpässe reduziert. Die Inbetriebnahme ist für das Jahr 2030 geplant.

„Flexibler, effizienter, leistungsstärker“

Der Nordostlink soll dann bis zu 2.000 MW Windstrom in den Raum Klein Rogahn in Mecklenburg-Vorpommern zur Anbindung an den Suedostlink transportieren, der diesen in den Süden bringt. Die weiteren 2.000 MW sollen direkt vor Ort genutzt werden, beispielsweise für Industrie und Elektrolyseparks. Der von Amprion auf dem Gelände zu errichtende Konverter soll darüber hinaus die verlustarme Weiterleitung des Windstroms über Korridor B nach Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Die geplante Übertragungsleistung liegt bei bis zu 1.200 MW.

„Dieses Projekt ist europaweit eines der ersten hochinnovativen Bauvorhaben der Energiewende“, sagte Ministerpräsident Günther anlässlich des Baustarts. Der künftige Knotenpunkt mache das Energiesystem flexibler, effizienter und leistungsstärker. „Der heutige Spatenstich ist ein wichtiger Meilenstein für unser

Ziel, erstes klimaneutrales Industrieland zu werden“ – wobei der eigentliche Spatenstich wegen des gefrorenen Bodens gar nicht erfolgen konnte. Die Beteiligten hielten stattdessen zeremoniell Schilder in die Höhe. // VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Niederländer übernehmen Servicesparte von Eno Energy



Quelle: Shutterstock / Anton Vierietin

WIRTSCHAFT. Der niederländische Dienstleister für Windkraftanlagen, Iver, erwirbt das Service-Geschäft von Eno Energy Systems.

Zukunftslösung auch für die Tochtergesellschaft des Windkraftanlagenbauers Eno Energy: Das niederländische Unternehmen Iver übernimmt nach eigenen Angaben die Service- und Wartungsaktivitäten der Eno Energy Systems GmbH. Für Eno Energy wie die Servicetochter hatte das Amtsgericht Rostock im Oktober vergangenen Jahres ein Insolvenzeröffnungsverfahren eingeleitet (wir berichteten).

Die Niederländer erwerben laut Mitteilung die Büros, Werkstatt- und Lagerflächen in Rostock, hinzu kommen regionale „Service-Hubs“ in Deutschland. Rund 60 Techniker und Ingenieure von Eno Energy Systems wechseln zu Iver.

Der Geschäftsführer von Iver Deutschland, Geert Leeuwis, sieht auf dem deutschen Markt große Chancen: „Neben dem Repowering-Markt gibt es viele Anlagen, die so lange wie möglich in Betrieb bleiben sollen. Innovative Lösungen sind daher entscheidend, und ich sehe in diesem Bereich viele Möglichkeiten“, kommentiert er die Übernahme. Die in den Niederlanden gewonnene Erfahrung bilde dafür „eine starke Grundlage.“

„Zentrales Drehkreuz“ für Service in Mitteleuropa

Der Standort Rostock soll für die Niederländer „zentrales Drehkreuz für Wartung, Service und Projekte in Mitteleuropa“ werden, wie es heißt. Vom Control Centre von Eno Energy Systems will Iver die Daten von Windenergieanlagen analysieren und für einen möglichst effizienten Betrieb sorgen. Bestehenden Kunden haben die Niederländer im Zuge der Übernahme dem Vernehmen nach neue Service- und Wartungsverträge angeboten.

Iver ist in den Niederlanden, Spanien, Deutschland und Rumänien vertreten. Das Leistungsspektrum umfasst nach Unternehmensangaben Service, Wartung, Inspektion, Montage, Demontage sowie den An- und Verkauf von aufbereiteten Komponenten.

Im Dezember hatte der Erneuerbaren-Projektierer Qair die französische Tochtergesellschaft von Eno Energy – die EEF SAS – sowie ausgewählte, in Entwicklung befindlicher Projekte in Deutschland gekauft (wir berichteten). Der Konzern Qair mit Hauptsitz in Paris vergrößerte damit vor allem sein Windenergie-Portfolio.

Qair erwarb nach eigenen Angaben eine Projektpipeline und ein Portfolio von rund 260 MW in Frankreich, Deutschland und Belgien. Die deutsche Tochter von Qair entwickelt und betreibt Wind- und Solarenergie-Anlagen sowie Batteriespeicher. Die Niederlassungen befinden sich in München und Leipzig.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Vivavis erweitert Vorstand



Quelle: Fotolia / sdecoret

PERSONALIE. Die Vivavis-Gruppe erweitert ihren Vorstand um einen Chief Digital Officer (CDO).

Der Vorstand von Vivavis wird um die Position des Chief Digital Officer (CDO) erweitert, teilte das Unternehmen mit. Andre Kreuzer hat zum 15. Januar 2026 neben Luis Goncalves (CEO) und Joachim Müller (CFO) die Position des CDO übernommen. Mit dieser Entscheidung will das Unternehmen mit Hauptsitz im baden-württembergischen Ettlingen zeigen, dass es die digitale Transformation konsequent vorantreibt.

Sein Fokus als neuer CDO soll auf Cloud-Technologie liegen, der Integration von KI und digitalen Tools in Prozessen und Lösungen sowie der Schaffung neuer Serviceangebote. Vivavis entwickelt digitale Infrastrukturlösungen für die Energiewirtschaft und Industrie. Die Baden-Württemberger bieten IT-Lösungen für Netzgesellschaften, Messstellenbetreiber, energieintensive Industrien sowie schienengebundene Nah- und Fernverkehrs-Gesellschaften an.

Vor dem Wechsel in den Vorstand war Andre Kreuzer bei der Vivavis-Gruppe verantwortlich für die Entwicklung einer „Smart Grid Operation Platform“ (SGOP). Die SGOP ist eine Systemplattform, die das Niederspannungsnetz digital abbildet und Netzbetreibern einen vollständigen Überblick über aktuelle und zukünftige Netzzustände gibt.

Vor Vivavis war Kreuzer mehr als 20 Jahre bei ABB tätig. Beim Übertragungsnetzbetreiber EGL Grid AG / Axpo war er sieben Jahre für die Telematik-Projekte verantwortlich. Im Jahr 2009 gründete er die IDS

Schweiz AG mit vier Mitarbeitenden und baute die Firma zur heutigen Vivavis Schweiz AG mit aktuell 70 Mitarbeitenden aus.



Andre Kreuzer

Quelle: Vivavis AG

Zuletzt hatte Vivavis im Juni 2025 bekannt gegeben, dass eine Steuerbox von ihnen vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert wurde (wir berichteten). Sie ist für Verbrauchseinrichtungen und Erzeuger in der Niederspannung vorgesehen. Damit darf sie für eine sichere Infrastruktur von Smart Meter Gateways genutzt werden. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

SMA Solar verlängert mit Olaf Heyden



Olaf Heyden. Quelle: SMA Solar Technology

PERSONALIE. Der Wechselrichter-Hersteller SMA Solar Technology hat den Vertrag mit Transformationsvorstand Olaf Heyden bis Sommer 2027 verlängert.

Vorzeitige Vertragsverlängerung um ein Jahr für den Mann, der die Transformation der SMA Solar Technology AG voranbringen soll. Wie das Unternehmen mit Sitz in Niestetal (Hessen) mitteilt, setzt Olaf Heyden seine Arbeit als Chief Transformation & Operating Officers („CTrO“) bis zum 20. Juni 2027 fort. Der 62-Jährige übt diese Funktion seit Februar 2025 aus.

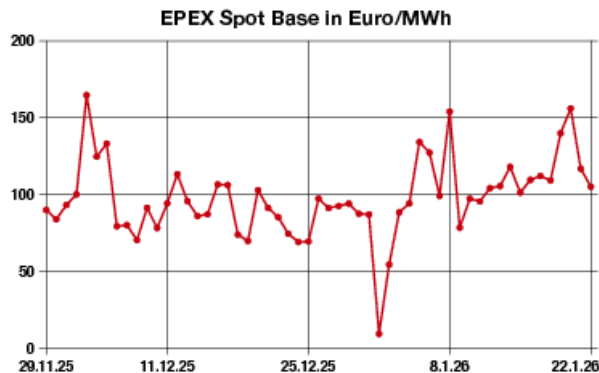
Neben der Transformation liegen die Unternehmensbereiche Operations, Digitalization und Human Resources in seiner Verantwortung. „Der Aufsichtsrat hat mit der Entscheidung, den Vertrag von Olaf Heyden zu verlängern, ein deutliches Zeichen gesetzt: Kontinuität in dieser Schlüsselposition ist entscheidend, um die Umsetzung der Restrukturierung und Transformation erfolgreich voranzutreiben“, wird SMA-Aufsichtsratsvorsitzender Ralph Lässig in einer Mitteilung zitiert.

SMA durchlebt schwierige Zeiten. Nach einem Konzernergebnis von minus fast 118 Millionen Euro im Jahr 2024 leitete der Wechselrichter-Hersteller eine Restrukturierung ein. 150 bis 250 Millionen Euro wolle man in den kommenden beiden Jahren einsparen, erklärte Heyden im März 2025. „Ungefähr die Hälfte davon wird durch den Personalabbau erzielt“, sagte er. Die andere Hälfte sollten Einsparungen bei Unternehmensausgaben wie etwa Materialkosten bringen. Für die ersten drei Quartale des Jahres 2025 verbuchte das Unternehmen ein Konzernergebnis in Höhe von minus 144,5 Millionen Euro. Die Zahl der Mitarbeitenden betrug 3.718 (2024: 4282). Der Kurs der SMA-Aktie hatte im November 2024 mit 11,86 Euro ein Tief erreicht. Am 21. Januar (15.40 Uhr) kostete die Aktie knapp 34 Euro. // VON MANFRED FISCHER

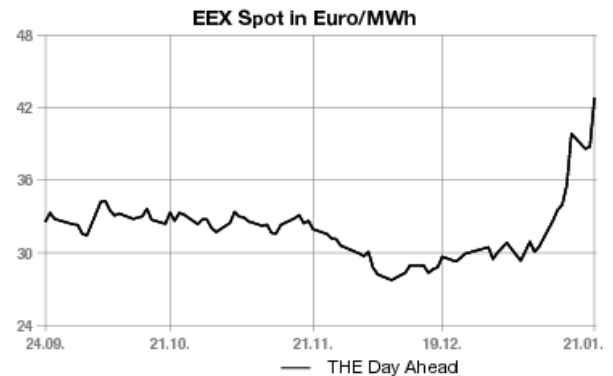
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Trumps Gewaltverzicht wirkt beruhigend



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte am Mittwoch gezeigt. Der deutsche Strommarkt wies keine klare Tendenz auf, Gas und CO₂ präsentierten sich fester. Nur eine leichte Entspannung für die Märkte dürfte von der Rede des US-Präsidenten Donald Trump auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos ausgegangen sein. Trump untermauerte seinen Anspruch auf Grönland. Er strebe unverzügliche Verhandlungen über die Übernahme der zu Dänemark gehörenden Insel durch die USA an, so Trump. Als leicht beruhigend werten Händler indessen die Aussage des Präsidenten, die USA würden keine Gewalt anwenden, um Grönland zu erwerben. Seine neuen Zolldrohungen gegen Dänemark und seine Unterstützer nahm Trump allerdings nicht vom Tisch.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Mittwoch gezeigt. Der Day-ahead verlor im Base 11,75 auf 105,50 Euro/MWh und im Peak 16,50 auf 111,25 Euro/MWh. An der Börse kostete der Donnerstag 105,28 Euro in der Grundlast und 110,75 Euro in der Spitzenlast. Der schwächere Day-Ahead ist auf die höhere Einspeiseleistung der Erneuerbaren zurückzuführen, die am Donnerstag anfallen soll. Diese dürfte laut Eurowind auf 26,6 GW klettern, während der Wetterdienst für den Mittwoch nur 19,8 GW vorhergesagt hat. Für den Freitag werden 26,7 GW prognostiziert. Für die Tage danach rechnet der Wetterdienst mit einer rückläufigen Einspeiseleistung.

Am langen Ende des Strommarktes zeigte sich das Cal 26 unverändert mit 85,33 Euro/MWh.

CO₂: Die CO₂-Preise haben am Mittwoch nach dem Abverkauf der zwei vorangegangenen Tage wieder etwas zugelegt. Bis 13.32 Uhr gewann die Benchmark Dec 26 um 0,73 auf 85,71 Euro/Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 25 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 85,94 Euro, das Tief bei 84,26 Euro. Bis zum Freitag vergangener Woche haben spekulative Anleger ihre Nettolongpositionen um 0,4 auf 126 Millionen Tonnen ausgebaut. Nach den Abgaben zu Wochenbeginn dürfte die oben genannte Zahl allerdings nicht mehr die Marktrealität widerspiegeln.

Auch die Entwicklung am CO₂-Markt ist zu einem großen Teil vom Ausgang des drohenden Handelskriegs zwischen der EU und den USA abhängig. Sollten die US-Zölle wie angedroht kommen, ist mit Wachstumseinbußen und einer Dämpfung der Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten in Europa zu rechnen.

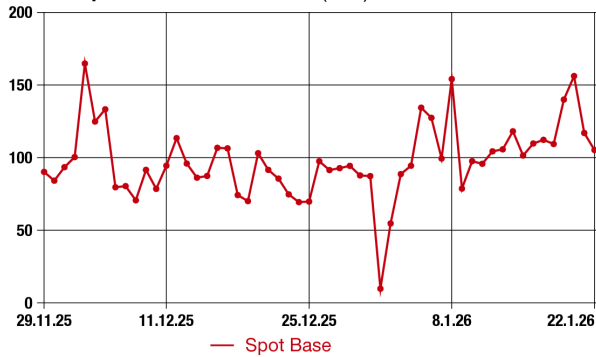
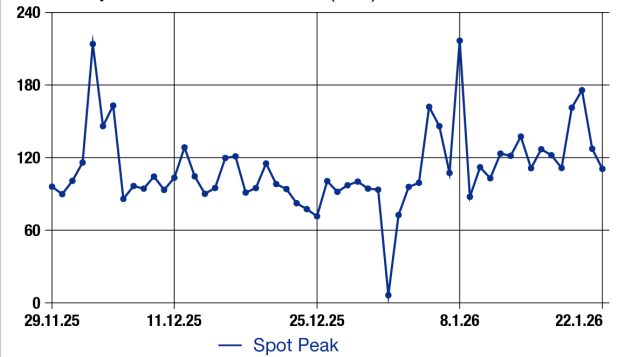
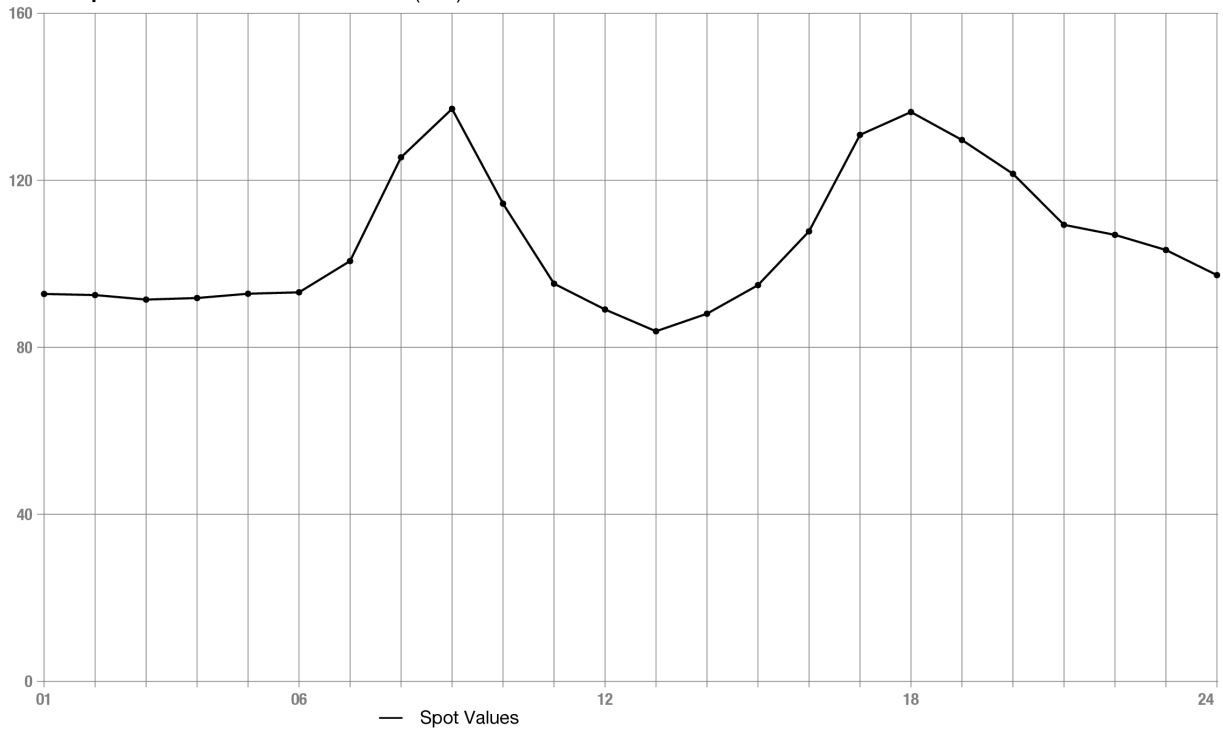
Erdgas: Fester haben sich die europäischen Gaspreise am Berichtstag gezeigt. Der Frontmonat Februar am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.40 Uhr 1,35 auf 36,60 Euro/MWh. Händler führen die Zugewinne auf die Aussichten auf eine weiterhin kühle Witterung und niedrige Speicherstände zurück. Laut dem US-Wettermodell sollen die Temperaturen in Deutschland bis unmittelbar vor dem Monatswechsel unterdurchschnittlich bleiben. Das Windaufkommen dürfte im genannten Zeitraum gleichfalls unter dem Saisonmittel verharren.

Die Heating Degree Days belaufen sich laut MBI Research für den Berichtstag auf 128,4 nach 127,2 am Vortag und zeigen sich damit oberhalb des Saisondurchschnitts, der bei 108,6 liegt.

Der Gasflow aus Norwegen beläuft sich für den Berichtstag zwar noch immer auf umfangreiche 333,3 Millionen Kubikmeter, beträgt aber damit etwas weniger als zum Jahreswechsel, als bis zu 348 Millionen Kubikmeter täglich durch die Leitungen flossen. Ursache hierfür sind ungeplante Wartungsarbeiten in den Feldern Gullfaks und Kristin, die zusammen eine Minderförderung von 10 Millionen Kubikmetern bedingen.

// VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

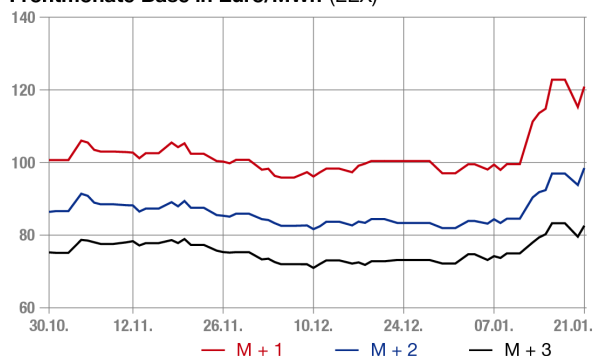
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	21.01.26	German Power Feb-2026	120,88
M2	21.01.26	German Power Mar-2026	98,46
M3	21.01.26	German Power Apr-2026	82,58
Q1	21.01.26	German Power Q2-2026	79,36
Q2	21.01.26	German Power Q3-2026	88,22
Q3	21.01.26	German Power Q4-2026	101,00
Y1	21.01.26	German Power Cal-2027	86,81
Y2	21.01.26	German Power Cal-2028	80,70
Y3	21.01.26	German Power Cal-2029	76,07

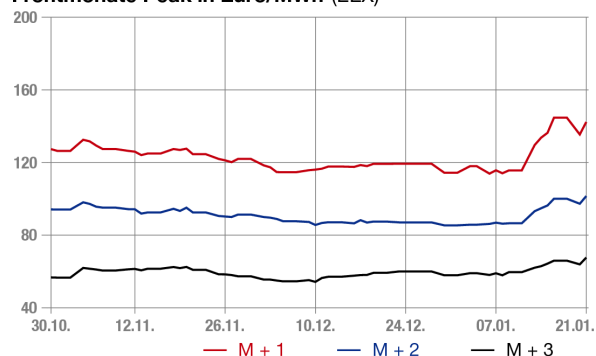
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	21.01.26	German Power Feb-2026	142,27
M2	21.01.26	German Power Mar-2026	101,48
M3	21.01.26	German Power Apr-2026	67,62
Q1	21.01.26	German Power Q2-2026	59,02
Q2	21.01.26	German Power Q3-2026	78,78
Q3	21.01.26	German Power Q4-2026	123,17
Y1	21.01.26	German Power Cal-2027	90,64
Y2	21.01.26	German Power Cal-2028	84,47
Y3	21.01.26	German Power Cal-2029	81,26

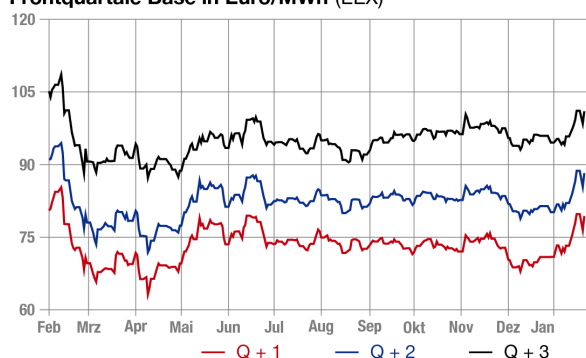
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



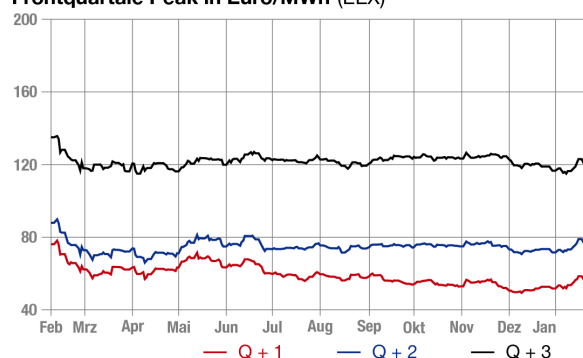
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



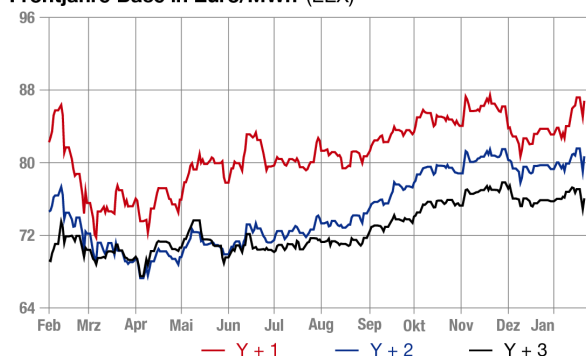
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



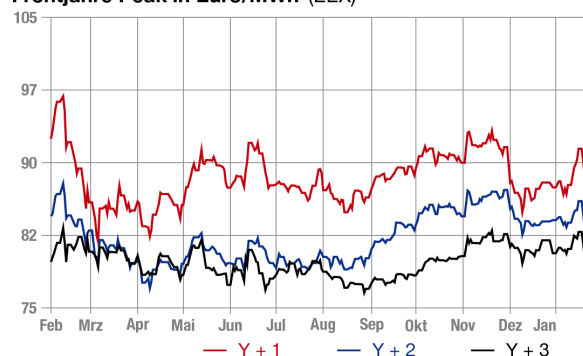
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



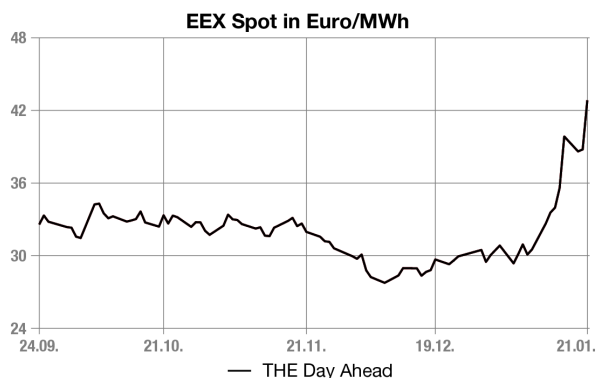
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



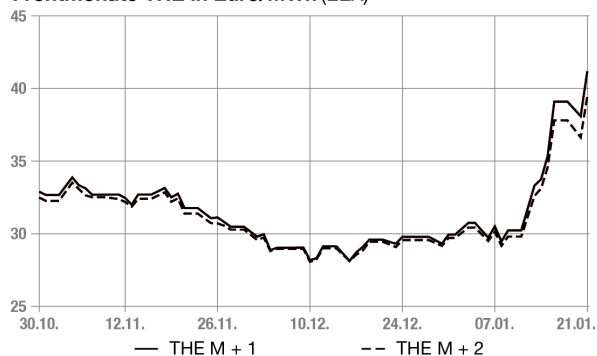
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

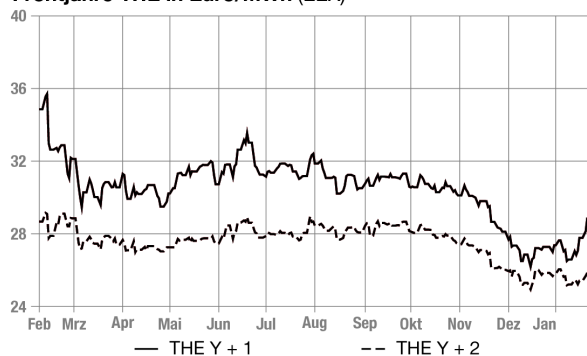
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	21.01.26	German THE Gas Feb-2026	41,18
M2	21.01.26	German THE Gas Mar-2026	39,45
Q1	21.01.26	German THE Gas Q2-2026	33,47
Q2	21.01.26	German THE Gas Q3-2026	32,27
S1	21.01.26	German THE Gas Win-2026	32,67
S2	21.01.26	German THE Gas Sum-2027	27,29
Y1	21.01.26	German THE Gas Cal 2027	28,89
Y2	21.01.26	German THE Gas Cal 2028	25,85



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	21.01.26	105,28	EUR/MWh
Germany Spot peak	21.01.26	110,75	EUR/MWh
EUA Feb 2026	21.01.26	85,34	EUR/tonne
Coal API2 Feb 2026	21.01.26	99,35	USD/tonne

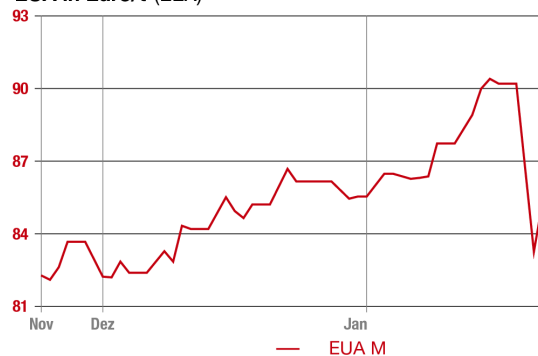
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	21.01.26	42,84	EUR/MWh
German THE Gas Feb-2026	21.01.26	41,18	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	21.01.26	28,89	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mar-2026	21.01.26	65,24	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...
in Amberg

15.12.2025



Netzmeister*in im Fachgebiet Mittel-/Niederspannung Netzbetrieb

Willst Du gemeinsam mit uns das 36.000 Kilometer lange Berliner Stromnetz fit halten, ausbauen und ...
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

☒ Freie Mitarbeit ☐ Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Sabbatical



Stoffstrommanager (m/w/d)

Zum Hauptinhalt springen Stoffstrommanager (m/w/d) Metzingen Vollzeit unbefristet Unternehmens...
in Metzingen

vor 2 h

☒ Festanstellung ☐ Weiterbildung / Mitarbeitererrabatte



Technische:r Zeichner:in Schwerpunkt Stromlaufpläne

Mitwirkung bei der Planung und Projektierung von Neubau-, Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen Ein...
in Lübeck

vor 2 h

☒ Freie Mitarbeit



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) Standort Wilmersdorf

Durchführung der Kontrolle und Zustandsbewertung der Abwasseranlagen des KanalnetzesAbsicheru...
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

